

sonnen
Marktplatz

Bezugspreis:
Halbmonatlich in Renen-
bürg 75 Goldsch. Durch
die Post ins Orts- u. Ober-
amtsverehr, sowie im
Lauf ins Postamt, Briefe
teristisch, Nachdruck
vorbehalten. Preis einer
Nummer 10 Goldsch.

In Füllen hdb. Gewalt
bezieht kein Anspruch auf
Lieferung der Zeitung ob-
auf Nachlieferung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
turen u. Anzeigerinnen
jederzeit entgegen.

1110-Route Nr. 24
O. U. - Gebirg Renenburg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Anzeigenpreis:
Die eins. Zeile oder
deren Raum im Bezirk
20, außer 25 Goldsch.,
Rekl. Zeile 30 Goldsch.,
m. Inf. Steuer, Kalkül.
Anzeigen 100, Zulage
Überr. und Anzeigen-
erweiterung 20 Goldsch.
Bei größeren Aufträgen
Kobalt, der im Falle des
Nahverkehrs hin-
sichtlich wird, ebenso wenn
Zahlung nicht innerhalb
3 Tagen nach Rechnungs-
datum erfolgt. Bei Tarif-
eränderungen treten so-
fort alle früheren Ver-
einbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge
wird keinerlei Gewähr
übernommen.

Nr. 7.

Montag, den 11. Januar 1926.

84. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 9. Jan. Der Geschäftsordnungsausschuss des Landtags legte heute von 9 bis 3 Uhr, ohne mit der Beratung einer neuen Geschäftsordnung für den Landtag zu Ende zu kommen. Belehrt wurden die §§ 63-78. Sämtliche Beschlüsse wurden einstimmig gefasst bis auf § 63, der vom Ausschuss eines Mitgliedes von der Sitzung des Landtags handelt und bestimmt: Wegen fortgesetzter größtenteils Verletzung der Ordnung kann der Präsident ein Mitglied nach vorausgegangener wiederholter Androhung von der Sitzung ausschließen und nötigenfalls aus dem Sitzungssaal entfernen lassen. Ein kommunistischer Vertreter stellte den Antrag auf Streichen dieses Paragraphen. Der Antrag wurde jedoch mit allen Stimmen gegen die des kommunistischen Vertreters abgelehnt. Fortsetzung Montag 10 Uhr.

Breslau, 9. Jan. Die des Wehrkreis-Kommando 4 mittelt, hat der Herr Reichspräsident den Oberst Brück, Artillerie-Leutnant 4 in Dresden, zum Landeskommandanten in Sachsen ernannt als Nachfolger des Generalleutnants Müller.

Mel, 9. Jan. Das Ministerium des Innern ist mit dem Wehrkommando der Ostsee-Streitkräfte, Kommandant Admiral v. Bleting, an Bord heute abend zur Hilfeleistung für die im Eise festgefahrenen deutschen Schiffe nach dem finnischen Meerbusen abgegangen.

Beisitzende Erledigung von Prozessen.
Berlin, 8. Jan. Angesichts der kurzzeit durch die ungünstige Wirtschaftslage bedingten Kapitalnots für den Gläubiger und den Schuldner ein dringendes Interesse an baldiger Klärung von Zweifeln über den Bestand und den Umfang von Forderungen und Schulden. Wie der Amtl. Verwalt. Beisitzende mittelt, hat sich der Justizminister deshalb veranlaßt gesehen, den Gerichten eine beisitzende Erledigung der Prozesse unter Zuhilfenahme der Arbeitskraft zur Pflicht zu machen. Insbesondere sollen die Verhandlungen durch Anberaumung einer möglichst großen Zahl von Sätzen stets voll ausgerichtet werden. Die Gerichte sollen sich nötigenfalls auch zur Einleitung außerordentlicher Sitzungstage entschließen. Der Justizminister hat ferner darauf hingewiesen, daß der Erlass von Verfügungen der Gerichte bei bestimmter Prozesslage durch die Abbeurkundung vorgeschrieben und nicht etwa nur in Ur Urteilen gestellt ist.

Kein Anschlag Anhalts an Preußen.
Berlin, 8. Jan. In der heutigen Landtagssitzung teilte Ministerpräsident Dethl. mit, daß es dem Staatsministerium gelungen sei, in Berlin durch Vermittlung des Hamburger Bankhauses Warburg eine 2½ Millionen Anleihe langfristige zu 7 Prozent bei einem Auszahlungsfuß von 11,25 abzuschießen. Dieser sei es gelungen, langfristig für die Salzwärke 8 Millionen aus der Anleihe und 1 Million von der Reichsverwaltung zu erhalten. Damit seien die kurzfristigen Schulden des Staates konsolidiert, dessen Budget keinen Fehlbetrag aufweise. Das Vermögen des Staates betrage 250-300 Millionen. Das Ministerium denke nicht an einen Anschlag an Preußen, dessen finanzielle Verhältnisse nicht besser lägen als die Anhalts. Das Anhaltverlangen des Landtages, das aus Schuldzinsen geborene, sei gegen ein Landesverrat.

Völkerverbundposten und Auswärtiger Ausschuss.
Berlin, 9. Jan. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags hat heute vormittag 10 Uhr unter harter Beteiligung unter dem Vorsitz des Abg. Deydt (Dn.) zu seiner angefangenen Sitzung zusammen. Von der Reichsregierung nahm Reichsaussenminister Dr. Stresemann an der Beratung teil. Der Auswärtige Ausschuss behandelte zunächst die Sekretariatsfrage im Völkerverbund. Da in der Reichspolitik die Sozialdemokratie und das Zentrum beschuldigt werden sind, ohne Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt sich mit dem Generalsekretariat des Völkerverbundes offiziell in Verbindung gesetzt zu haben, um im Inneren nachteilige Personen Stellen im Sekretariatsdienst zu erlangen, beantragte die Abg. Müller-Franke (Soz.) und Marx (Fr.) die Offenlegung der Sitzungen. Dessen Antrag wurde der Ausschuss mit der Maßgabe, daß falls notwendig bestimmte Teile der Verhandlung von der Öffentlichkeit ausgeschlossen werden können.

Im Eingang der sachlichen Beratung gab zunächst der Vorsitzende, Abg. Deydt, eine ausführliche Darstellung des obliegenden Sachstandes bezüglich der bisherigen Politik in der Reichs. Dann ergriß Reichsaussenminister Dr. Stresemann das Wort. Wir haben von Verhandlungen um Stellen im Sekretariatsdienst von deutscher Seite zuerst am 3. Dezember 1925 gehört. Das sei die erste Mitteilung aus Wien gewesen. Das Auswärtige Amt habe demgegenüber nichts veranlaßt. Vom 5. bis 22. Dezember seien weder telegraphische, noch mündliche Anweisungen an den Generalkonsul in Wien ergangen. Am 22. Dezember sei dann ein ausführliches Telegramm eingelaufen, in dem davon gesprochen wurde, die maßgebende Stelle im Völkerverbund habe unserem Generalkonsul in offizieller Form mitgeteilt, man habe Kenntnis davon erhalten, daß verschiedene Parteien Vorschläge für die Stellenbesetzung im Sekretariat ausgearbeitet hätten und daß sie darüber hart beunruhigt ist, weil das zu einer schwierigen Lage für alle Beteiligten führen könne. Dieses Telegramm sei, so fuhr der Minister fort, am Abend des 22. Dezember eingegangen und in üblicher Weise in 11 Exemplaren verbreitet worden. Ein neues Telegramm haben wir am 6. Januar aus Wien erhalten, wonach unser Generalkonsul mit der maßgebenden Stelle des Völkerverbundes Sekretariats ein neues Gespräch geführt hat. Dabei ist diese Stelle auf die letzte Erörterung zurückgekommen, die sie mit dem Generalkonsul hatte. Der Generalkonsul hat sich dabei auf gewisse Erklärungen vom 31. Dezember bezogen, die die maßgebende Stelle des Völkerverbundes mit Befriedigung zur Kenntnis genommen hätte. Der Minister bemerkte ausdrücklich, daß irgend ein Beamter des Auswärtigen Amtes irgendwelche persönliche Politik in dieser Frage nicht getrieben habe. Von niemandem sei eine Aufforderung an den Generalkonsul ergangen. Es sei auch nicht etwa indirekt die maßgebende Stelle des Völkerverbundes Sekretariats interessiert worden. Er habe auch nicht angenommen, daß ein Sturm von Bemerkungen erfolgen würde. Der Generalkonsul habe nur seine Pflicht getan. Man solle daher die Angriffe gegen ihn einstellen. Welche Vorschläge die Reichsregierung ihrerseits machen werde, siehe nach dahin. Dieser liegen derartige Vorschläge noch nicht im Auswärtigen Amt vor. Sie könnten auch noch nicht gemacht werden, weil man nicht wisse, welche Stellen im Völkerverbund für uns frei seien. Der ganze Streit komme auf die prinzipielle Erwägung hinaus, ob die Sekretariatsposten nur mit beamteten Persönlichkeiten oder auch anderen besetzt werden. Er sehe auf dem Standpunkt, daß die in Frage kommenden Persönlichkeiten sehr große Kenntnisse auf dem Gebiet der Vertretung bei den Verhandlungen des Völkerverbundes anbelangt, so wolle diese am besten in der Hand der politischen Parteien und zwar aller Parteien, die dafür in Betracht kommen. Man wolle abwarten, wie die Entwicklung gehe und ob sich das Prinzip des ständigen Vertreters des Außenministers bewähren. Darauf ergriß der sozialdemokratische Abg. Stomphel das Wort. Er bezeichnete es als eine Verleumdung, daß die Sozialdemokraten sich um Stellen im Völkerverbundes Sekretariat bemüht hätten.

Die Fiskusabfindung.
Berlin, 9. Jan. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen im Reichsausschuss des Reichstags legte der thüringische Finanzminister von Kückhner seinen Bericht fort und behandelte zunächst die Auseinandersetzungen mit den ehemals in Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sonderhausen regierenden Fürstentümern. In beiden Fällen sind die nach der Revolution abgeschlossenen Abfindungsverträge wieder angefochten worden. Die Prozesse stehen noch. Auf eine deutschlandweite Anfrage erwiderte der thüringische Finanzminister, daß nach seiner Kenntnis ein Antrag auf den Fiskus nicht ausgeübt worden sei. Die Auseinandersetzungen in Reuß 1. u. Reuß 2. u. seien durch die nichtangestrichenen Vergleichs erledigt. Von einem Vertreter der Öffentlichkeit des Freistaates Sachsen wurde eine Mitteilung verlesen, in der darauf hingewiesen wird, daß in Sachsen die Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Königshaus durch das Gesetz vom 31. Juli 1924 ebenfalls erledigt sei. Sachsen werde Anträge auf Rückwirkung rechtsgerichtlicher Regelungen für Sachsen widerlegen. Daraus wurde die vorher abgebrochene Geschäftsordnungsdebatte über den Fall Everling wieder aufgenommen. Der Vorsitzende empfahl, dem Reichsausschusspräsidenten von dem Sachverhalt Mitteilung zu machen und ihn zu ersuchen, innerhalb des Vorkommens diesen Fall zur Sprache zu bringen. Der Ausschuss vertagte sich dann auf Dienstag, 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Auseinandersetzung in Mecklenburg-Strelitz.

Stärkerer Druck Hindenburgs.
Berlin, 9. Jan. Das Ein- und Berufen der Parteien scheint den Reichspräsidenten nun doch ernstlich bedrückt zu haben. Jedenfalls hat er am Samstag dem Reichskanzler Dr. Luther noch einmal auseinandergesetzt, daß das Staatswohl ein längeres Dinauschieben der Regierungsbildung nicht mehr vertrage und daß die Parteien sich jetzt beeilen müßten, mit der Formulierung ihrer endgültigen Stellungnahme zu Ende zu kommen. Ursprünglich hätte er die Wächter Herrn Dr. Luther sofort nach dessen Rückkehr aus dem Urlaub mit der Regierungsbildung zu betrauen. Zentrum und Demokraten hätten jedoch inzwischen einen heftigen Feldzug zu Gunsten der Großen Koalition, die sie trotz der Abgabe der Sozialdemokraten an Herrn Koch noch immer nicht aufgeben wollen, eingeleitet. Herr von Hindenburg kommt die Bitte, die ihm aus dem Lager des Zentrums und der Demokraten mitgeteilt wurde, er möge sich doch die Anbahnung der kommenden Woche gedulden und das Ende der Auseinandersetzungen mit den Sozialdemokraten abwarten, nicht gut ignorieren. Die Vorstellungen der Minister, die am Freitag nachmittag bei ihm waren, haben in ihm jedoch den Entschluß reifen lassen, nun einen härteren Druck auf die Parteien auszuüben. Für Montag vormittag hat der Reichspräsident die Abgeordneten Feldmarschall vom Zentrum und Koch von den Demokraten zu sich gebeten, um sie auf das allerdingste zu ermahnen, das Ziel der Regierungsbildung mit geradem Kurs anzustreben und alle anderen ausfallslosen Lösungsvorschläge ebenso wie langwierige Zwischenverhandlungen zu vermeiden. Am Samstag nachmittag haben infolgedessen zwischen Vertretern des Zentrums und der Demokraten im Reichstag Verhandlungen stattgefunden, deren Ergebnis darin bestand, vorläufig an der Großen Koalition festzuhalten und die Sozialdemokraten vor die Frage zu stellen, ob sie sich dieser Koalition anschließen oder auf lange Zeit von der Regierung ausschließen wollen. Es ist anzunehmen, daß die Sonntagabend des Zentrums einen entsprechenden Beschluß fassen werden. Dienstag abend hatten die Sozialdemokraten ihre Fraktionsversammlung ab. Auch am gleichen Abend wird man wissen, nach welcher Richtung die ganze Situation sich gelöst hat. Ebenso wie bei der Deutschen Volkspartei ist man auch beim Zentrum und bei den Demokraten der Ansicht, daß nach einer neuerlichen Abgabe der Sozialdemokraten alles verfehlt werden muß, um ein parlamentarisches Minderheitskabinett der Mitte auf die Beine zu stellen. Einem Beamtenkabinett werden jedenfalls keine Empfindungen entgegengebracht. Dr. Luther, der nach wie vor als Kandidat angetrieben ist, zeigt ebenfalls nur geringe Neigung für eine Beamtenregierung, will aber eine Regierung ohne die Parteien zusammenstellen, wenn alle Stränge gerissen sind.

Ausland.

London, 9. Jan. Die französischen Bemühungen, Deutschland in den Fächerstabal einzuschließen, werden in London nicht ernst genommen.

Ein Oesterreicher von Tschechien festgenommen.
Wien, 8. Jan. Nach einer Wiener Meldung ist am 31. Dezember in Prag in Südtirol der Sohn des früheren deutsch-nationalen Abgeordneten Urfin, Kandidat der Medizin, von den tschechischen Behörden festgenommen worden. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Das österreichische Außenamt hat auf Ersuchen der Familie des Vermissten Vorkontrollen in Rom erhoben, um die Freilassung Urfins zu erreichen. Die Feststellungen ergaben, daß es sich um einen Nebebrüder tschechischer Organe handelt, wie solche in den letzten Wochen in Südtirol gegenüber Reisenden wiederholt vorgekommen sind.

Bei den Tschechen verhaftet.
Wien, 9. Jan. Zu der Verhaftung des Studenten Urfin in Südtirol teilt dessen Vater dem „Neuen Wiener Abendblatt“ mit, daß sein Sohn am 31. Dezember eine Reise nach Südtirol antrat, von der er am 3. Januar habe zurückkehren wollen. Als er nicht zurückgekehrt und auch jede Nachricht von ihm ausgeblieben sei, hätten seine Südtiroler Freunde Ermittlungen angestellt, die auf dem Bahnhof Prag von tschechischen Agenten überfallen und verhaftet worden sei. Der Obmann der Großtschechischen Volkspartei ersuchte gestern den Außenminister Dr. Mascha, die Freilassung des jungen Urfin zu erwirken. Wie das Blatt weiter erfährt, ist auch der österreichische Gesandte in Rom angemeldet worden, bei der italienischen Regierung vorzusprechen. Polizeipräsident Schoder und der Tiroler Landeshauptmann bemühen sich ebenfalls um die Entlassung Urfins, über dessen Schicksal bisher nichts weiter in Erfahrung gebracht werden konnte. Der Sohn des früheren österreichischen Abgeordneten Urfin, der am 2. Dezember von den tschechischen Behörden festgenommen wurde, von dem bisher jede Spur fehlt, ist eine im Leben der österreichischen Jugendbewegung führende Persönlichkeit, die dafür Sorge trug, daß Volkstheater und Volkstanz in dem alten Land weiter gepflegt wurde. — Grund genug, Urfin in den Augen der Tschechen als vollständig Verdächtigen erscheinen zu lassen.

Windschgräß bietet Kontinuum an.
Budapest, 9. Jan. Prinz Ludwig Windschgräß hat der Staatsanwaltschaft eine Kontinuum von zwei Millionen ungarischer Kronen für seine Freilassung angeboten. Da Windschgräß selbst anherk mittellos ist, dürfte seine Familie das Geld aufbringen. Windschgräß ist von seiner Schwangerschaft völlig gebrochen und erklärte seinem Rechtsanwalt wiederholt, er halte es nicht mehr lange aus. Windschgräß hat wenig Aussicht auf Befreiung.

Karols Name aus den Schulbüchern gestrichen.
Bukarest, 9. Jan. Der rumänische Innenminister ersuchte sämtliche Zeitungen, die Zeitungen des Exorzisten einzustellen, damit weitere falsche Gerüchte über die Angelegenheit vermieden werden. Das heutige Amtsblatt veröffentlicht die Abkündigung. König Ferdinand hat den ausländischen Botschaftern den Beschluß der Volksvertretung zur Abkündigung der Kronprinzen mitgeteilt. Karols Bild wird aus allen öffentlichen Gebäuden entfernt, sein Name aus den Schulbüchern gestrichen.

Völkerverbundliche Ehe-Verträge.
Moskau, im Januar. Das Gesetzprojekt über die Eheverträge, dessen Durchführung auf der Oktobertagung des Völkerverbundes verhandelt worden war, wird in der Provinz mehr und mehr zum Gegenstand von Diskussionen. Wie die Sowjetblätter melden, beginnt allmählich eine gewisse Aufregung wegen der geplanten radikalen Neuerungen umzusetzen. In Briant hat eine große Versammlung von mehr als tausend proletarischen Frauen und Mädchen statt, die über das geplante Ehegesetz debattierten. Es wurde eine Entschließung gefasst, die nur gesetzlich registrierte Ehen als solche gelten lassen will, und das achtzehnte Lebensjahr als Mindestalter zur Eheschließung eines Mädchens fordert.

Zwischenfall des brasilianischen Vorkämpfers in Tokio.
Tokio, 9. Jan. Der brasilianische Vorkämpfer eine Straße überqueren wollte, die der Regent an der Spitze der Trabanten benutzen sollte, wird hier nicht nur als eine Verletzung der Pflicht der Höflichkeit, sondern auch als ein Mangel an Achtung vor dem Regenten betrachtet. Verschiedene Blätter geben der brasilianischen Regierung den Rat, den Vorkämpfer abzuwehren. Der Vorkämpfer hatte einen Polizisten mit seinem Stock schwer verletzt. Die Polizei befreite den Vorkämpfer mit Mühe aus der wütenden Menge.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 11. Jan. Die Hauptversammlung des Liederkreises am Samstag in der „Wintode“ hatte Sängerinnen, Sänger und passive Mitglieder in großer Zahl angezogen. Nachdem der Sängertrupp und ein weiteres Liederkreis war, begrüßte Vorstand Gollmer die Erschienenen. Er gedachte des um den Verein sowohl als Sänger wie als passives Mitglied verdienten unglücklich verstorbenen Schulwärters Scheuerle, zu dessen ehrendem Gedächtnis die Versammlung sich erhob, und erteilte Schriftführer Pätzler das Wort zur Bekanntgabe der Protokolle des letzten Vierteljahres, gegen deren Inhalt sich keine Einwendung erhob. Aus dem Jahresbericht des Vorstandes ist u. a. zu entnehmen, daß die Zahl der Sänger infolge der unglücklichen Wirtschaftslage 63, jene der passiven Mitglieder 162 beträgt. In sechs Versammlungen und acht Ausstellungen wurden die Reichste er-

Turnerschaft aus. **DR. v. Mülberger** feierte die Familie Georgii und Dr. Georgii erzählte von der Familie Georgii, die mit 27 Enkeln und 3 Urenkeln einen lebenskräftigen Stamm darstellt. Abends fand noch eine turnerische Feier unter Mitwirkung der Ehlinger Sängerschaft, bei der sehr schöne Leistungen geboten wurden. **Dr. Berger** wandte sich bei der Feier in einer Ansprache besonders an die Jugend, von der wir hoffen, daß sie die Erwartungen erfülle, die wir in sie setzen. So klang die schöne Gedenkrede in ansprechender Weise aus.

Die Fürstenabfindung.

In Frankfurt a. M. sprach am Sonntag in einer vom Reichsbanner, dem Republikanischen Reichsbund und den drei republikanischen Parteien nach dem Schumanntheater einberufenen Versammlung Reichstagspräsident Lohse zur Fürstenabfindung. Der demokratische Antrag auf reichsrechtliche Regelung sei das mindeste, was jetzt zu geschehen habe, sonst müsse durch einen Volksentscheid eine Regelung dahin getroffen werden: 1. Das gesamte Vermögen der ehemals regierenden Häuser geht in das Eigentum des Staates über. 2. Die noch lebenden Fürsten, die ein ausreichendes Vermögen nicht besitzen, erhalten für ihren Lebensunterhalt eine durch die Landesgesetzgebung festzusetzende Rente. Außerdem sprach **Thornemann** für das Zentrum und Landtagsabgeordneter **Professor Krüger** für die Demokraten.

Die Sozialdemokratie von Hessen-Cassel i. d. Große Koalition.

Berlin, 11. Jan. Am Sonntag fand in Cassel eine Konferenz der sozialistischen Vertrauensleute des Bezirks Hessen-Cassel statt, auf der **Hg. Scheidemann** über die Frage der Regierungsbildung sprach. Seinem Referat folgte eine längere Diskussion, nach der mit 130 gegen 1 Stimme folgende Entschließung angenommen wurde: „Die Vertrauensleute des Bezirks Hessen-Cassel erwarten von der Reichstagsfraktion,

daß sie mit allen geeigneten Mitteln dahin wirkt, daß die Parteien, die die Weimarer Verfassung geschaffen haben, die Reichsregierung übernehmen. Da unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Verfassungsopposition nur unter Einzigung der Deutschen Volkspartei als Große Koalition eine Reichsregierung bilden können, muß im Interesse der Republik und der Zusammenarbeit der republikanischen Parteien auf die Große Koalition eingegangen werden. Die Vertrauensleute sind der Meinung, daß neben den bisherigen Erklärungen eine Zusicherung der Volkspartei bezüglich der Fürstenabfindung und der Sozialpolitik die Voraussetzung dafür ist.“

Eine kommunistische Interpellation zur Wirtschaftslage.

Wie die „Rote Fahne“ meldet, hat die kommunistische Reichstagsfraktion eine Interpellation eingebracht, in der sie die Reichsregierung u. a. auffordert, sofort den nächsten Tag in vollem Umfang wieder herzustellen und sich für eine Lösung des Reallohnes einzusetzen, ferner alle Anträge auf Stilllegung oder Betriebsbeschränkung einer aus Vertretern der Gewerkschaften und der Betriebsräte der Unternehmen gebildeten Kommission vorzulegen, sowie eine Entlassung händlerischer Arbeiter während des Winters zu verbieten und eine Enteignung und Verstaatlichung oder Kommunalisierung vorzunehmen, wenn die Unternehmer sich weigern, die Betriebe fortzuführen, die nach der Entscheidung der Prüfungskommission fortzuführen sind, weiter neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen, den Erwerbslosen eine Unterstützung von 80 Prozent des Tariflohns zu geben und die Rentenlage der Sozialrentner zu verbessern.

Festhalten an der großen Koalition.

Am Sonntag vormittag 11 Uhr trafen im Reichstagsgebäude die Reichsparteivorfänger des Zentrums und die Vorstände der Reichs- und Landtagsfraktionen zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Die vertraulichen Beratungen, die von 1/2 12 Uhr

bis nach 3 Uhr ununterbrochen wurden, dauerten bis in die Abendstunden. Die Vorstände waren fast vollständig besetzt. Unter den Er erschienenen sah man auch **Dr. Borch**, der neunten Abendstunde wurde über die Zentrumsvorstellung gend offizielle Communiqués ausgegeben: „Am 10. Jan. tagten im Reichstagsgebäude der Vorstand der Deutschen Volkspartei und die Vorstände der Zentrumsvorstellung Reichstags und des preussischen Landtags. In den Verhandlungen aus allen Landesteilen, insbesondere des Westens, fand die geheime, von Tag zu Tag steigende wirtschaftliche Not der Volksschichten einen erschütternden Ausdruck. Darans ist die Veranlassung die Regierung, daß zur Überwindung der Notlage nur eine Regierung auf breiterer Grundlage sein kann. Das ist die Große Koalition. Der Verantwortung zur Bildung einer solchen Regierung könne sich keine Partei entziehen, der es ernst ist mit der Fortführung einer zielbewußten, friedlichen Außenpolitik und der Aufrechterhaltung unserer Leistung, der Befähigung der Wirtschaft und der Verringerung sozialen Notstände. Unverantwortlich wäre es und für eine Lösungspolitik unerschwinglich, in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise noch eine Sezessionsfrage heraufzubeschwören, würde zur völligen Verelendung unseres Volkes, insbesondere der Arbeitermassen führen. Die Versammlung erwartete von der Zentrumsvorstellung des Reichstags, daß sie alle Einflussmittel und alle politischen Mittel anbietet, eine solche Lösung zu verbinden.“

Die Demokraten noch wie vor für eine Große Koalition Berlin, 11. Jan. Die „Montagspost“ wissen will, daß der Führer der Demokraten, **Hg. Koch**, dem Reichspräsidenten in der heutigen Unterredung mitteilte, daß die Demokraten nach wie vor nur eine Reichsregierung auf der Grundlage der Großen Koalition für möglich halten, weil keine andere Lösung nach dem Ausschluß der Deutschnationalen im Reich über eine Mehrheit verfüge.

Neuenbürg, 10. Jan. 1926.
Statt besonderer Anzeige.
Nach kurzer Krankheit ist im 86. Lebensjahre unsere liebe Mutter, Grossmutter und Tante
Frau Emma Zeltmann,
geb. Kappler,
heute Sonntag nachmittag sanft entschlafen.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Emma Seeger, geb. Zeltmann,
Fritz Zeltmann, Wiesbaden,
mit Familie.
Beerdigung: Dienstag nachmittag 3 Uhr.
Für Beileidsbesuche und Blumen Spenden wird herzlich gedankt.

Inventur-Ausverkauf

Während meines Ausverkaufs habe ich meine seither bekannt billigen Preise

radikal herabgesetzt!

Carl Scheu, Pforzheim

Beachten Sie meine
Schaufenster!

Beachten Sie meine
Schaufenster!

Metzger-Straße 2 Aussteuer-Artikel, Herren- und Damen-Kleider-Stoffe Telefon Nr. 3992

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Sitzung d. Gemeinderats
am Dienstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr.
Tagesordnung:
1. Erhaltung des Stadtbauamtes.
2. Rechnungssachen.
3. Sonstiges.
Stadtschultheiß **Knodel.**

Sängerver. Freundschaft Neuenbürg.
Mittwoch den 13. Januar 1926, abends punkt 8 Uhr, im „Särensaal“
Wiederbeginn der regelm. Singstunden.
In Anbetracht unseres bevorstehenden Sänger-Festest werden die Sänger gebeten, pünktlich und vollständig zu erscheinen.
Sinnbegabte Herren, welche sich dem Chor anschließen gedenken, sind jederzeit herzlich willkommen.
NB. Samstag den 16. Januar 1926, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Schwanen“
Versammlung,
wogu die aktiven und passiven Mitglieder freundlichst eingeladen sind. Tages-Ordnung wird im Lokal bekanntgegeben.
Der Vorstand.

Braves, fleißiges Mädchen,
das schon gebient hat, selbständig in allen vorkommenden Arbeiten ist, ihr Köche und Haus auf 1. Februar gesucht. Gute Empfehlungen erforderlich.
Frau E. Helber,
Pforzheim, Westliche 92.

Einfuhr von lebendem Geflügel aus dem Ausland.
Zur Verhütung der Einschleppung von Geflügelpesten ist durch Verordnung des Ministeriums des Innern vom 5. Januar 1926 (St. A. Nr. 4) unter Aufhebung der B. O. vom 29. Mai und 30. Juli 1925, betr. Einfuhr von lebendem Geflügel aus Italien und Ungarn (St. A. Nr. 124 u. 178, sowie Euzl. Nr. 128 und 180) die Einfuhr von lebendem Geflügel aus dem Ausland mit Wirkung vom 10. Januar ds. Js. ab verboten worden. Ausnahmen kann das Ministerium des Innern zulassen.
Die Herren Ortsvorsteher wollen für ortszubliche Bekannmachung Sorge tragen.
Neuenbürg, den 9. Jan. 1926. **Oberamt: Amtmann HedeL.**

Zwangsversteigerung.
Am Mittwoch den 13. Januar 1926, vormittags 10 Uhr, kommt in Neuenbürg im Wege der Zwangsversteigerung öffentlich zum Verkauf
ein Sofa (rot Bläulich).
Zusammenkunft beim Rathaus.
Gerichtsvollzieher **Bläßle.**

Zwangsversteigerung.
Am Mittwoch den 13. Januar 1926, nachmittags 2 Uhr, kommt in Salmbach gegen Barzahlung öffentlich zum Verkauf
ein Divan.
Zusammenkunft beim Rathaus.
Neuenbürg, 11. Januar 1926.
Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Stadtgemeinde Calw.
Zu dem am nächsten Mittwoch, den 13. Januar 1926 stattfindenden
Pferde-, Vieh- u. Schweinemarkt
ergeht Einladung.
Die üblichen Marktbedingungen sind einzuhalten. (Oberamtliche Bekanntmachung im Calwer Tagblatt von heute.)
Calw, den 9. Januar 1926.
Stadtschultheißenamt: **Söhner.**

Husten, Atemnot, Verschleimung.
Schreibe allen gern umsonst, womit sich schon viele Tausende von ihrer Qual befreiten. Nur Rückmarke erwünscht.
Walther Althaus,
Heiligenstadt (Eichsfeld) N 92.

Liederkränz Neuenbürg (e. V.).
Wiederbeginn der regelm. Singstunden.
Dienstag 8 Uhr:
Gemischter Chor.
Donnerstag 8 Uhr:
Männerchor.
Sinnbegabte Damen und Herren sind zu Beginn der neuen Arbeitsperiode herzlich willkommen.
Pünktlichen und vollständigen Singstunden-Besuch erwartet
Fleig.

Pfannkuch
Sonder-Verkauf!

Limb. Stangenkäse
Pfd. 66 g, 1/4 Pfd. 17 g
Vollsaft. Schweizerkäse
Pfd. 1.75 M., 1/4 Pfd. 45
Hand-Käse
Kistchen 1.90 M.
10 Stück 33 g
Corned-Beef
1 Pfd. englisch, Dose 78 g
im Ausschnitt Pfd. 85 g

Pfannkuch

Neuenbürg, 10. Jan. 1926.
Statt besonderer Anzeige.
Nach kurzer Krankheit ist im 86. Lebensjahre unsere liebe Mutter, Grossmutter und Tante
Frau Emma Zeltmann,
geb. Kappler,
heute Sonntag nachmittag sanft entschlafen.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Emma Seeger, geb. Zeltmann,
Fritz Zeltmann, Wiesbaden,
mit Familie.
Beerdigung: Dienstag nachmittag 3 Uhr.
Für Beileidsbesuche und Blumen Spenden wird herzlich gedankt.

Engelsbrand, 9. Januar 1926.
Todes-Anzeige.
Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager und Onkel
Gottlob Regelman
im Alter von 26 Jahren nach längerem, schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.
In tiefer Trauer:
Die Eltern: Gottlieb Regelman, Bäckermeister, und Frau Rosine, geb. Stephan, Adolf Reife und Frau Lina, geb. Regelman, mit Kind Lore.
Sophie Regelman mit Angehörigen und Verwandten.
Beerdigung: Montag nachmittag 3 Uhr.

Ne 8.
Rechtsanwalt, 8. Jan. Der...
Berlin, 11. Jan. Die...
Berlin, 11. Jan. In...
Berlin, 11. Jan. Ueber...